Die Planlosigkeit der SPÖ

Laut Umfragen von Anfang Oktober ist 52 % der Wahlberechtigten „eher nicht klar", wofür die SPÖ eigentlich steht. Der jüngste Parteitag der Sozialdemokratie in St. Pölten hat indes gezeigt: Ihrer grundsätzlich prokapitalistischen Grundlinie bleibt die ehemalige Großpartei auch und gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise treu. **Seite 2**

GB: Gewerkschaftsopposition

Das National Shop Stewards Network spielt eine wichtige Rolle darin, die Idee eines Generalstreiks in Britannien zu verbreiten. Das NSSN, ein kämpferisches Netzwerk von BetriebsrätInnen, ist der Beginn einer organisierten Gewerkschaftsopposition. Die Streiks im öffentlichen Dienst 2011 gingen u.a. auf die Initiative des NSSN zurück. **Seite 12**

Schwerpunkt

„Den Islam" gibt es nicht. Und der Wiederaufstieg von Religionen steht in Zusammenhang mit den Fehlern der Linken. FundamentalistInnen sind aber nie Bündnispartner für Linke. **Seiten 7–10**

CWI CIT

VORWÄRTS

SLP Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,–
Solipreis € 2,–

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 213 | 11.2012

Angriffe auf Lohn & Gehalt gemeinsam zurückschlagen!

Die Angriffe auf die Löhne werden aggressiver. Doch die Unternehmen sitzen auf Milliarden!

Die Wolken am Konjunkturhimmel werden immer düsterer. Lange haben Wirtschaft und Politik versucht, eine österreichische Sonderkonjunktur herbeizufantasieren. Die SLP warnt seit Monaten davor, dass die wirtschaftliche Erholung nur eine vorübergehende ist. Nun bestätigen das auch die bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute. Österreich wird in der kommenden Periode von der europäischen Krise voll erfasst werden.

Die heimischen Unternehmen wissen das schon länger und versuchen sich darauf vorzubereiten – und zwar auf unsere Kosten. Ihr Ziel ist nicht weniger als die Abschaffung der Kollektivverträge (KV) und die Reduzierung unserer Löhne und Gehälter! Seit über einem Jahr verzögern sie KV-Verhandlungen. Sie kündigen Verträge, sie verschieben Beschäftigte in andere, billigere Verträge. Aus demselben Eck sind weitere Angriffe geplant: Privatisierungen, weitere Erhöhung des Pensionsantrittsalters, weitere Schikanen gegen Arbeitslose und Jugendliche.

Solche Angriffe finden europaweit statt. Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft für 14. November zu einem europaweiten Aktions- und Solidaritätstag gegen die Kürzungsmaßnahmen auf (siehe S.13). Die österreichischen Gewerkschaften dürfen diese Entwicklung nicht verschlafen! Der jüngste Abschluss bei den Metallern deckt gerade die Inflation ab und wird zu Recht von den meisten KollegInnen als schlecht bewertet. Zudem ist den KapitalistInnen auch die Zerschlagung des gemeinsamen Metaller-KVs gelungen. Die Gewerkschaft wirkt angesichts der Welle von Angriffen zunehmend planlos. Nicht so die Beschäftigten – sie wollen kämpfen. Das zeigt sich an den Protesten gegen die Nulllohnrunde im öffentlichen Dienst, bei den KindergärtnerInnen, im Medienbereich, im Sozialbereich und bei den Betriebsversammlungen der Metaller. „Nicht schon wieder nur eine Demonstration, und dann auch noch so, dass der Betrieb nicht gestört wird" beschweren sich KollegInnen zu Recht. Widerstand muss den Unternehmen weh tun, sonst bleibt er zahnlos! **Sonja Grusch**

Die SLP fordert:

- Österreichweiter Aktionstag am 14. November mit Streiks, Demonstrationen und Versammlungen!
- Angriffe auf unsere Löhne und Gehälter kämpferisch zurückschlagen. Demonstrationsstreiks auch in der Arbeitszeit!

Sozialistische LinksPartei (Österreichische Sektion des CWI): T 01.524 63 10 M slp@slp.at W www.slp.at

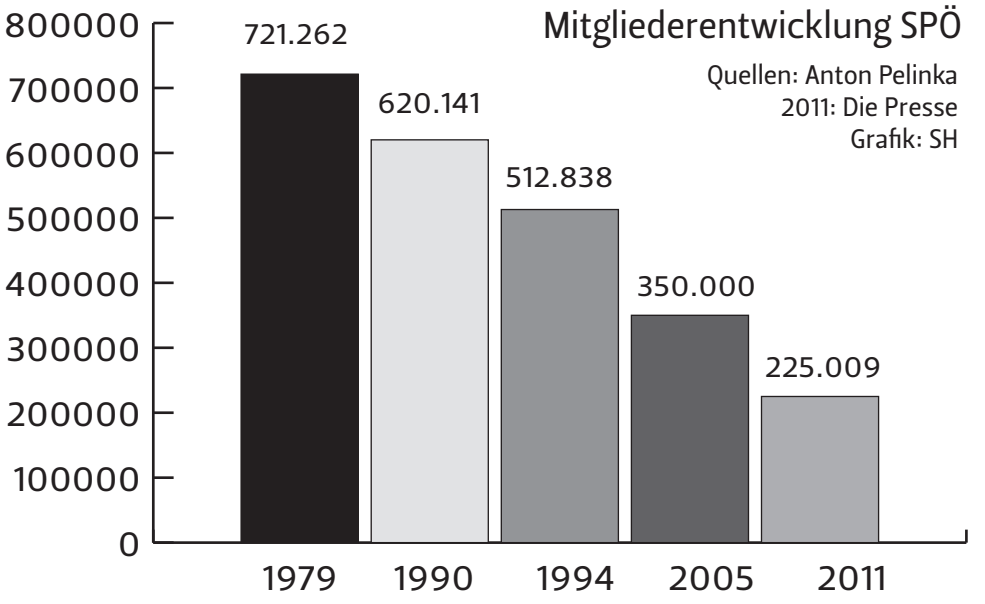
Der Standpunkt

Was tut die Linke bei den Wahlen 2013?

von Sonja Grusch In rund sechs Monaten sollen wir das berühmte Kreuz am Stimmzettel machen. SPÖVP haben mit der Volksbefragung das Duell eröffnet. Die FPÖ ist im Dauerwahlkampf und Stronach ebenso. Und wo bitteschön ist die Linke? Die Bundes-KP ließ mit der Ankündigung einer linken Bündniskandidatur aufhorchen. Doch sie lädt nur ausgewählte Einzelpersonen zum Bündnis ein. Sie verhandelt – keiner weiß wo, keiner weiß mit wem – geheim. Der Hype diverser Projekte zeigt das Interesse an „was Neuem". An die vielen „WutbürgerInnen" gibt es jedoch kein Angebot für die aktive und vor allem gleichberechtigte Teilnahme an einem linken Bündnis für die Wahl.

Ein attraktives linkes Angebot für die Wahl 2013 ist nötig, sonst können sich Stronach & Strache als einzige „Opposition" präsentieren. Die SLP schlägt eine linke Bündniskonferenz vor. Attraktiv wird aber so eine Liste nicht durch ein paar „Promis", sondern durch Menschen und Organisationen, die Teil von Bewegungen und Kämpfen sind: KollegInnen, die gegen die Angriffe auf Kollektivverträge und gegen die Nulllohnrunde kämpfen; AktivistInnen z.B. von „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung"; Jugendliche, die auf der Straße gegen die rechte Gefahr auftreten; Parteien wie die erfolgreiche KP Steiermark etc. Der Erfolg der KP in Krems (KLS) mit knapp sieben Prozent zeigt den Wunsch nach einer Alternative, die sich vom korrupten Einheitsbrei wohltuend abhebt. Doch die KLS fordert u.a. „Schuldenabbau" und „Polizeiwache im Zentrum" und sieht sich vor allem als Kontrollinstitution. Jedoch ist es darüber hinaus wichtig, Menschen zu mobilisieren, die sich wehren und eine neue Kraft aufbauen. Verbesserungen für Jugendliche, ArbeiterInnen und sozial Schwache werden nicht durch Anträge im Gemeinderat und „Aufdecken" erreicht, sondern durch aktive Kampagnen unter Einbeziehung der Betroffenen.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | **Druck:** digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | **DVR:** 0820202 | **Zulassungs-Nr.:** 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



SPÖ: Scheinbar planlos

Die „Süddeutsche Zeitung" brachte es nach dem St. Pöltener SPÖ-Parteitag auf den Punkt: „Sieger sehen anders aus". Zwar war Faymann konkret gemeint – immerhin hatte er als Vorsitzender mit 83,4 % die geringste Zustimmung ever eingefahren. Tatsächlich aber passt es auf die SPÖ als Ganzes: Anfang Oktober gaben in einer Umfrage 52 % an, dass es „eher nicht klar" sei, wofür die SPÖ steht (Market-Institut).

„Wir haben permanent Neupositionierungen, die aus rein taktischen Gründen passieren", sagt Nikolaus Kowall, SPÖ-„Revoluzzer" (Wiener Zeitung, 13./14.10.) von der „Sektion 8" in Wien. Auf den ersten Blick mag sich die Sozialdemokratie zwar uneins präsentieren (siehe Studiengebühren und Wehrpflicht), tatsächlich aber verfolgt sie das Programm einer normalen, bürgerlichen Partei. Vom sozialdemokratischen Erbe sind bestenfalls Phrasen, aber nichts Konkretes geblieben. Vielmehr gibt die Sozialdemokratie vor dem Hintergrund der Krise den verlässlichsten Bündnispartner des Neoliberalismus, wie die europaweiten Sparpakete sozialdemokratischer Regierungen zeigen. Schlagwörter wie „Verteilungsgerechtigkeit" oder „Reichensteuer" erweisen sich da als leere populistische Phrasen.

Auch wenn niemand weiß, wofür die SPÖ steht – ihrer prokapitalistischen Grundlinie bleibt sie treu.

Somit ist klar, wofür die SPÖ NICHT steht: Nämlich für Demokratie und Transparenz (Beispiel Korruptions-U-Ausschuss); für offensive Bildungs- und Jugendpolitik (Beispiel Studiengebühren und Sparpakete bei den KindergärtnerInnen); und für die Interessen der Lohnabhängigen (Beispiel Nulllohnrunde im öffentlichen Dienst).

Alexander Svojtko

SPÖ-Praxis: Nulllohnrunde für 900.000 Beschäftigte

Im Februar beschloss die Regierung als Teil des Sparpaketes eine Nulllohnrunde für den öffentlichen Dienst – mit Zustimmung der Gewerkschaften! Das bedeutet massive Reallohnverluste für 900.000 Beschäftigte, deren Durchschnittslohn zwischen 1.300 und 1.900 EUR beträgt. Frauen sind auch hier in den unteren Lohngruppen und besonders betroffen.

Dabei kann sich die SPÖ nicht auf den Koalitionspartner ÖVP ausreden. Denn die Nulllohnrunde wurde auf Landes- und Gemeindeebene übernommen. Auch dort, wo die SPÖ alleine oder mit den Grünen regiert, wird der Lohnraub bei den öffentlich Bediensteten betrieben.

Auch wenn GÖD und GdG-Spitzen (noch?) stillhalten: Eine kämpferische Kampagne unter Einbeziehung der Beschäftigten im Schulterschluss mit anderen Opfern des Sparpaketes kann die Nulllohnrunde kippen.

Neue ArbeiterInnen-Partei statt Kadavergehorsam

Der Aufruf zur Einigkeit war nicht zu übersehen: „Vorwärts GenossInnen, auf ins Wahljahr 2013!"-Plakate säumten den Weg zum SPÖ-Parteitag. Dieser Aufruf reagierte auf Berichte über das „Gemurre an der Basis". Das ist der übliche Theaterdonner: Denn es ist gerade die „linke" Basis, von der die Parteispitze immer wieder – auch gegen besseres Wissen – gestützt wird. Die Mitglieder gehen, v.a. junge ArbeiterInnen können wenig mit der SPÖ anfangen: Die „Linken" werden die Letzten sein, die der Partei noch die Treue halten.

Viele (Noch)-SPÖ-lerInnen blicken sehnsüchtig nach Deutschland und auf die Partei „Die Linke". Die verbliebenen Linken sollten ihre Energie lieber für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei einsetzen, statt in den seit Jahrzehnten erfolglosen Versuch, die SPÖ wieder zu einer solchen zu machen!

Wahlen in Graz – kleinstes Übel?

Angesichts der vorgezogenen Kommunalwahlen in Graz, die nun am 25.11. stattfinden, stellt sich die Frage: wen wählen? Fast alle Parteien stehen für Kürzungen und Einsparungen in der einen oder anderen Form. Die SPÖ ist keine Alternative – sie ist an vorderster Front, wenn es um Nulllohnrunde und Sparpakete geht! Das hat sich deutlich am 1. Mai gezeigt, als die SPÖ der traditionellen Mai-Demo ferngeblieben ist und stattdessen auf dem Schlossberg – über den Köpfen aller – ihr Parteifest und damit sich selbst gefeiert hat. Und das angesichts von über 12.000 Menschen, die in Graz arbeitslos sind!

KPÖ stellt sich als einzige gegen die Kürzungen. Der Wunsch nach linker Alternative ist offensichtlich.

Die KPÖ, die nach letzten Umfragen ein verhältnismäßig hohes Wahlergebnis erzielen könnte, hat noch mehr Potential. Auch entkräften die hohen Umfragewerte die kursierende Behauptung, es gebe derzeit keinen Platz für links! Allerdings ist kritisch zu betrachten, was die KPÖ aus diesem Potential macht. Die Wahlplakate führen den KP-Kurs der sozialarbeitenden Stellvertreter-Politik fort. „Wir für Euch" und „Helfen statt reden". Das wird mit Vertiefung der Krise aber nicht mehr reichen: Eine kämpferische, linke Alternative sollte da eher „Wir gemeinsam" und „Kämpfen statt reden" schreiben und das auch tun! Noch dazu kommt, dass von der KPÖ kaum Aktivitäten gegen Rassismus gesetzt werden, obgleich die FPÖ einmal mehr eine Vielzahl an Steilvorlagen liefert. Ein gutes Abschneiden der KPÖ Graz ist ein wichtiges Zeichen. Es zeigt die Ablehnung von abgehobenen korrupten PolitikerInnen und den Wunsch nach einer linken Alternative. Doch es ist wichtig, dass die KP diese Unterstützung dazu nützt, jetzt auf der Straße und in den Betrieben Widerstand gegen die Kürzungen zu mobilisieren! Die Proteste, die die „Plattform 25" im Jahr 2011 organisiert hat, haben gezeigt, wie viele Menschen sich wehren (wollen). Eine wirkliche Neue ArbeiterInnenpartei (NAP), also eine Partei, die nicht nur redet und hilft, sondern kämpft, ist auch in der Steiermark notwendig!

Felix Thalheim

Ein Auszug aus dem Sündenregister der SPÖ

Privatisierungen Seit Ende der 1970er Jahre hat die „Verstaatlichte" als billiger Rohstofflieferant der heimischen Wirtschaft ausgedient. Mit dem Beginn der ÖMV-Privatisierung 1987 verscherbelte die SPÖ einen Betrieb nach dem anderen. Konzerne kauften sich lästige Konkurrenten wie die Austria Tabak (Privatisierung begann unter der SPÖ) und sperrten sie zu. Nicht anders bei öffentlichen Aufgaben: Gesundheit, Pensionen, Verkehr – alles wird in den privaten Sektor gedrückt. Die unmittelbaren Folgen: Milliardeneinnahmen entgehen dem Staat, tausende Arbeitsplätze wurden vernichtet, Gebühren explodieren und unsere Pensionen, Abfertigungen etc. wurden teilweise schon verspekuliert. Vom Rest wird viel „ausgegliedert" oder über Cross-Border-Leasing verscherbelt wie in Wien.

Dafür steht die SPÖ!

Rassismus Im Jänner 1993 führte die FPÖ ihr „Ausländervolksbegehren" durch. Die SPÖ konterte mit Innenminister Löschnaks Parole „Gesetze statt Hetze". Stück für Stück wurden schließlich die Forderungen und sogar noch mehr gesetzlich umgesetzt: Drittstaatenregelung, Schubhaft generell und auch für Minderjährige, Schnell-„Asylverfahren", Arbeitsverbot bei laufendem Asylverfahren, etc.

Dafür steht die SPÖ!

Sozialabbau Nach außen gibt sich die SPÖ als Partei der „Sozialen Sicherheit". In Wirklichkeit ist sie federführend am Sozialabbau beteiligt: Pensionsantrittsalter, Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit, Verschärfung der Bestimmungen für einen früheren Mutterschutz, Aufweichung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge, Angriffe im Öffentlichen Dienst, Nulllohnrunden etc.

Dafür steht die SPÖ!

Der rechte Rand

Des Nazis neue Kleider

„Unser einziges Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere Identität" – So erklären „Wiens Identitäre" den MigrantInnen, dem „Establishment", aber auch den „68ern" und sexueller Befreiung den Krieg. Mit „coolen" Pickerln, wo Gandalf, Brad Pitt und Asterix sich als „Identitäre" outen, versuchen sie, Jugendliche zu keilen. Hinter der modernen Fassade verbirgt sich klassischer Rassismus: Sie greifen Themen wie Jugendarbeitslosigkeit auf und „argumentieren" mit der alten Lüge, es sei nicht genug Geld da, weil alles für MigrantInnen ausgegeben werde.

Die „Identitären" stehen in einem Naheverhältnis zu „WIR – Wiens Identitäre Richtung" („Vorwärts" berichtete). Anders als ihre akademisch wirkenden Verbündeten haben „Wiens Identitäre" den aktionistischen Ansatz der „Autonomen Nationalisten": Mit mehren Flashmobs griffen sie Veranstaltungen wie einen afrikanischen Tanzworkshop der Caritas an. Mit dem Slogan „Tanz die Reconquista" berufen sie sich auf die gewaltsame Vertreibung von Islam und Judentum aus Spanien im 15.Jahrhundert.

Mit dem Lambda-Symbol beziehen sie sich auf das antike Sparta. Seit dem massiv rassistischen und militaristischen Film „300" gilt das in der Rechten wohl als cool und soll das jugendliche Profil der Gruppe stärken.

Ähnliche Gruppen haben sich auch andernorts in Europa formiert. Seinen Ursprung nahm es wohl mit der „Generation Identitaire" aus Frankreich, die der „Front National" Rückenwind gibt. Susanne Winter (FPÖ) plant, dort im November an einem „identitiären" Kongress teilzunehmen.

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

Ende 1987 wurde bekannt, dass das Krupp-Stahlwerk im Duisburger Vorort Rheinhausen geschlossen werden sollte . Das führte zum bedeutendsten Arbeitskampf gegen eine Betriebsschließung in Deutschland. Die ArbeiterInnen führten die Produktion in Eigenregie weiter. Die Idee der Vergesellschaftung der Stahlindustrie stand im Raum. Der Arbeitskampf wurde von Anfang an breit in die Bevölkerung getragen. Alle Betriebsversammlungen waren öffentlich. Der Höhepunkt des Arbeitskampfes war am 10.12.1987 ein regionaler Generalstreik im Ruhrgebiet. Es gab Solidaritätsstreiks in anderen Stahlbetrieben, von Hafenarbeitern und Bergleuten. Die Krupp-Stahlarbeiter schrieben über diesen Tag: „Der 10.12.87 hat eines gezeigt: Wenn wir aufstehen, können wir etwas bewegen; und wir sind mächtig, wenn wir gemeinsam kämpfen." Davor hatten die Stahlbosse und die SPD-Regierung in NRW Angst. Um eine weitere Radikalisierung zu verhindern und die Ausdehnung der Arbeitskämpfe abzuwenden, war Krupp zu Zugeständnissen bereit. Trotzdem wurde das Stahlwerk letzten Endes 1993 geschlossen. Schuld daran war nicht die mangelnde Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen oder fehlende Solidarität, sondern die Weigerung der Gewerkschaft IG Metall, die Arbeitskämpfe großräumig auszudehnen und entschlossen zu kämpfen. Nur eine demokratisch geführte und kämpferische Gewerkschaft, die bereit ist, mit dem Kapitalismus zu brechen, kann für einen dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen sorgen. **Georg Kumer**

Die Kindergärten – ein Zustand!

Vor drei Jahren erregte der „Kindergartenaufstand" Aufsehen. Doch seither ist nicht viel geschehen. Nun reagierte die Gewerkschaft auf den Druck aus den Kindergärten: Am 6.10. haben 4.000 KindergärtnerInnen in Wien gegen die unzumutbaren Bedingungen demonstriert (Bericht auf slp.at). Am 28.9. haben 500 Caritas-KindergärtnerInnen in Linz bereits zum dritten Mal für eine Bezahlung nach Branchen-KV protestiert.

„Massentierhaltung ist mittlerweile verpönt. Beginnen wir jetzt mit Massenkinderhaltung?"

Die Zustände in den Kindergärten sind oft unvorstellbar. Da ist nicht viel Unterschied zwischen den Bundesländern, kirchlichen, privaten oder öffentlichen Einrichtungen. Der Einstiegslohn von KindergartenpädagogInnen liegt um die € 1.300 netto, bei AssistentInnen meist unter € 1.000. Viel besser wird es nicht mehr. Bei der Caritas sollen die KollegInnen anscheinend aus Barmherzigkeit arbeiten und kriegen noch weniger. Oft wird der Betreuungsschlüssel nicht eingehalten. Wegen Personalmangel fehlt den Gruppen oft die PädagogIn. Teilweise übernehmen AssistentInnen ihre Aufgaben. Die Nachfrage steigt, der Platzmangel ist enorm. Viele KollegInnen werfen frustriert das Handtuch.

Nötig wären u.a. massive Lohnsteigerungen, bessere Rahmenbedingungen, mehr Personal und Aufwertung der Ausbildung. Die Gewerkschaft muss das entschlossen erkämpfen. Die 4.000 haben gezeigt, dass sie bereit dazu sind. „Die nächste Demo darf nicht am Samstag sein. Das bringt nichts!", sagte eine Kindergärtnerin auf der Demo. Es ist auch notwendig – und erfahrungsgemäß erfolgreich – die Eltern (und auch die Kinder) einzubinden. Die KollegInnen warten auf die nächsten Schritte: z.B. Warnstreiks während der Arbeitszeit.

In Horten und Kindergärten arbeiten rund 50.000 Frauen. Im Sparpaket ist für den öffentlichen Dienst eine Nulllohnrunde geplant. Das wird KindergärtnerInnen massiv treffen. Dem stimmte die Gewerkschaftsführung zu. Doch unter den Beschäftigten regt sich Widerstand. Auf der Demo in Wien protestierten die KollegInnen auch für höhere Löhne und 4.000 KindergärtnerInnen riefen: „Nulllohnrunde, gute Nacht!". **Jan Millonig**

Medien: Streiks können Angriffe stoppen!

Am 22.10. fand eine kämpferische öffentliche Betriebsversammlung gegen die Aufkündigung des Journalismus-KV statt. Teilgenommen haben fast 800 Beschäftigte aus Kurier, Presse, Falter, Wirtschaftsblatt u.a. Aus OÖ und NÖ kamen Delegationen mit Schildern wie „Macht euch eure Arbeit selber". Auch in Graz und Innsbruck gab es Proteste. KollegInnen der APA hatten in ihrem Betrieb Schilder gegen das Sparpaket aufgehängt. Auch die Beteiligung der Freien und OnlinerInnen war groß – es geht u.a. auch um einen KV, der sie mit einschließt. Doch die Gewerkschaft verabsäumte es, nächste Schritte zu diskutieren. SLP-AktivistInnen verteilten Flugblätter, auf denen ein Aktions- und Streiktag vorgeschlagen wurde, wenn die KV-Kündigung nicht bis Ende Oktober zurückgenommen wird. KollegInnen vom Kurier meinten, es wäre schade, dass die Abendausgaben erscheinen konnten. Die Kampfbereitschaft ist groß. Die Rücknahme der Kündigung zu erkämpfen ist möglich; das darf aber nicht im Abtausch gegen Verschlechterungen erfolgen! Und: In vielen Medienbetrieben gibt es Personalabbau und Einsparungen. Mit gemeinsamen Streiks könnten die Angriffe zurückschlagen werden. **Eine Beschäftigte im Medienbereich**

Proteste gegen HLI, Kirche & Staat

Vom 4.–8. Oktober fand in Wien der 6. Weltgebetskongress statt, der u.a. von den radikalen Abtreibungsgegnern von HLI (Human Life International) organisiert wurde. Grußworte gab es u.a. vom Papst, von Strache und von Stadler. Veranstaltungsort war das Palais Niederösterreich, das im Besitz des NÖ Landtages (Pröll) ist. Das spiegelt die Unterstützung seitens Kirche & Politik wider und macht die FundamentalistInnen nur noch gefährlicher.

Die SLP hatte die Initiative für Proteste dagegen ergriffen. So fand am 4.10. eine große Demo statt, die im 20. Bezirk startete. Rund 400 Menschen demonstrierten lautstark.

Die SLP intervenierte u.a mit dem Spruch „ÖVP & HLI – auf Frauenrechte pfeifen die!“. ÖVP & FPÖ versuchen schon lange, Möglichkeiten und Rechte bezüglich Abtreibung zu beschneiden. Gleichzeitig schnüren sie auch noch Sparpakete mit der Folge, dass sich immer weniger Frauen ein Kind leisten können. Deswegen war es ein besonderes Anliegen der SLP, auch soziale Fragen aufzuwerfen. Die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln wurde gefordert und das besonders frauenfeindliche Kürzungspaket der Bundesregierung angegriffen!

Auf der Abschlusskundgebung sprach auch Dr. Fiala, medizinischer Leiter des Ambulatoriums "Gynmed" und langjähriger Kämpfer gegen die christlichen Fundis. Anschließend gab es mit ihm und Sonja Grusch, Bundessprecherin der SLP, eine Diskussionsveranstaltung im Ambulatorium. Auffallend war, dass viele medizinische und rechtliche Fragen zum Schwangerschaftsabbruch gestellt wurden. Ein weiterer Beweis dafür, dass in Österreich große Unwissenheit um dieses Tabuthema herrscht.

Am 6.10. fanden sich in aller Frühe mehrere AktivistInnen am Fleischmarkt und am Mariahilfer Gürtel (wo Kliniken sind) ein, um die Gebetsvigil der Reaktionäre zu verhindern. Es gelang, den Demonstrationszug der AbtreibungsgegnerInnen zu verhindern. Aber es kam zu einem Übergriff, als ein Mann eine Rednerin zu Boden schlug. Das verdeutlicht nur, wie gefährlich ein reaktionäres Frauenbild ist, und dass wir für mehr Frauenrechte kämpfen müssen!

Insgesamt aber war die Kampagne erfolgreich: Der Kongress wurde isoliert und es gab starke Proteste von Menschen, die Frauenrechte gemeinsam verteidigen.

Sedef Yavuz

Nasarbajews Spießrutenlauf

In Wien war der kasachische Diktator ständig mit Protesten konfrontiert.

Von 22 – 23. Oktober war der kasachische Diktator Nasarbajew in Wien. Wo immer er hinkam – die AktivistInnen der CampaignKazachstan waren dort. Schon eine Woche zuvor war das Transparent „Freiheit für die Ölarbeiter in Schanaozen“ (auf Kasachisch) beim Match Österreich-Kasachstan gut zu sehen gewesen. Unmittelbar nach seinem feierlichen und äußert freundlichen Empfang durch Bundespräsident Fischer gab es vor dem Sitzungszimmer Sprechchöre „Nasarbajew – Arbeitermörder“. Während der Pressekonferenz dann die kritische Frage einer Aktivistin der CampaignKazachstan. „Sind sie mit der Antwort zufrieden?“ wollte er nachher wissen. „Nein, denn sie haben bis zu 100 Menschen ermordet“ die Reaktion. Eine weitere Diskussion vermied er. Der zweite Tag war dem österreichisch-kasachischen Wirtschaftsforum in der Bundeswirtschaftskammer gewidmet. Österreichische Unternehmen sollten für (noch mehr) Investitionen gewonnen werden. Eine lautstarke Kundgebung machte darauf aufmerksam, dass hier Geschäfte mit einer blutigen Diktatur gemacht werden. Wir erhielten jede Menge Zuspruch von PassantInnen. Und als Fischer kurz vor Nasarbajew in der BWK eintraf wurde er wieder mit unseren Forderungen konfrontiert. Auch wenn die Aktivistin unsanft „entfernt“ wurde – die Botschaft kam rüber. Seinen Wien-Besuch hatte er sich wohl netter vorgestellt – gut, dass er es nicht war!

Häupl bekommt € 16.320,– im Monat, aber Nulllohnrunde für KrankenpflegerInnen

Am 13. 10. protestierten AktivistInnen der SLP beim SPÖ-Parteitag. Und zwar v.a. gegen die Nulllohnrunde, die die SPÖ in Bund und Ländern umsetzt. Gegen diese wehren sich auch immer mehr KollegInnen an der Gewerkschaftsbasis. Teilweise wurden unsere Flugblätter gut angenommen, teilweise schien es, als wollten sich die Delegierten mit der Kritik von links nicht auseinandersetzen.

Manche Parteibonzen kamen sogar mit Polizeieskorte. Bundeskanzler Faymann schaute gleich beim Aussteigen zu den AktivistInnen. Doch als er den Text der Plakate sah, schlief ihm sein wohlbekanntes Grinsen ein. Die Berichterstattung beschränkte sich auf das schlechte Abschneiden Faymanns bei der Wahl und die „sprachlose“ (und zahnlose) Aktion der SP-Jugend, die mit verklebten Mündern auf das fehlende Mitspracherecht hinweisen.

Termin des Monats

Protest gegen Nulllohnrunde und europäischer Aktionstag

Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft für 14.11. zu einem europaweiten Streik- und Aktionstag gegen die Kürzungspolitik auf. Bei Redaktionsschluss liegen noch keine Aktivitäten des ÖGB dazu vor. Die SLP meint, es ist notwendig, den Aktionstag zu nutzen, um u.a. gegen die Nulllohnrunden in Bund und Ländern zu

protestieren. Wenn Du mitmachen willst, melde dich unter slp@slp.at.

14. November 2012

Proteste gegen die Nulllohnrunde in ganz Österreich
Termine unter www.slp.at

Rote Seitenblicke

Im Zuge der Gründung der Ersten Republik wurden die Stiftungen des Kaiserhauses in Österreich einkassiert und zur öffentlichen Sache. Der Adel hingegen wurde ein halbes Jahr darauf nur symbolisch in die Schranken gewiesen: Er musste lediglich auf das „von" und diverse Insignien verzichten. Während Ungarn nach 1945 enteignete, bleibt hierzulande der historisch bedingt zu einem guten Teil aus riesigen Ländereien bestehende Besitz bis heute in den ehemaligen Adelsfamilien. Von den 10 größten Grundbesitzern sind fünf dem Adel zuzurechnen – unter anderem die Familien Esterházy mit 44.000 ha, Mayr-Melnhof mit 32.400 ha und Schwarzenberg mit 20.000 ha. Diese Familien sind nach wie vor mächtig, reich und organisiert – Die „Vereinigung der Edelleute in Österreich" wurde 2006 vom Innenministerium als zulässig erkannt. Während sie ihren aus dem Fleisch des Volkes geschnittenen Reichtum weiter vermehren können, kriechen sie auch politisch wieder aus ihren Schlössern. Der Grün(!) politiker Ulrich Habsburg äußerte im September die krude Idee, die Adelstitel in Österreich wieder einzuführen, „um die Polarisierung zwischen Aristokraten und Nicht-Aristokraten zu lindern."

Wir meinen dazu: Der Adel ist ein verzichtbares Überbleibsel, der sich (wie auch die Kirche) an gestohlenem Vermögen festkrallt. Deshalb sollte sein Landbesitz endlich zum öffentlichen Gut gemacht werden. Auch die Privatstiftungen des Adels, in denen über Jahrhunderte gehortetes Diebesgut steuerschonend lagert, gehören enteignet!

Peter Gründler

Hillsborough: Die Wahrheit!

Thatcher rächte sich an der ArbeiterInnenklasse und machte sie für Fußballunglück verantwortlich!

Am 23. April 1989 starben 96 Menschen, weil die Polizei unfähig war. Sie waren unter den über 24.000 Liverpool-Fans, die im Hillsborough-Stadion in Sheffield das Halbfinale des FA-Cups anschauen wollten.

Das Hillsborough-Stadion war bereits seit Jahren für seine baulichen Mängel bekannt. Die Fanblöcke waren oft überfüllt, es kam zu Unfällen mit Dutzenden Verletzten. Für Profite riskierten die Veranstalter Tote.

Am 23. April wurden die Massen von der Polizei in einen bereits überfüllten Block gelenkt. Als die ersten Menschen zerquetscht wurden, weigerte sich die Polizei, die Tore zum Spielfeld zu öffnen, um für Entlastung zu sorgen. Rettungskräfte wurden frühzeitig abgezogen. Heute weiß man, dass 41 Menschen noch leben könnten, hätte es eine richtige Koordination gegeben.

Die Verantwortung lag bei der South Yorkshire Police. Die selbe Truppe hatte 1984/85 den Bergarbeiterstreik niedergeknüppelt. Es war die Zeit Thatchers: Alle ArbeiterInnen, auch Fußballfans, waren „Staatsfeinde" und wurden entsprechend behandelt. In der Presse forderte man Elektrozäune für Stadien.

Bereits am Unglückstag wurden die Ursachen vertuscht. Die Polizei nahm Blutproben der Toten, um Alkoholspuren nachzuweisen. Sie verbreitete eine Pressemitteilung, in der Hooligans die Schuld gegeben wurde. Weiters wurde behauptet, Liverpool-Fans hätten auf die Toten uriniert, die Leichen gefleddert und PolizistInnen angegriffen. Alles Lügen! Dafür fälschte die Polizei 164 Aussagen.

Die Presse, allen voran „The Sun", nahm die Lügen dankbar auf. Es war eine gute Möglichkeit, um ArbeiterInnen und Menschen aus Liverpool schlechtzumachen. Denn Liverpool war und ist eine kämpferische Stadt. Bis 1987 machte eine sozialistische Stadtregierung dort den Herrschenden das Leben schwer. Während Thatcher in ganz Großbritannien den Sozialstaat zerstörte, wurden in Liverpool neue Sozialwohnungen gebaut.

Heute kennt man die Wahrheit. Sie steht in einem neuen Untersuchungsbericht. Den gibt es nur, weil die Angehörigen der Toten 23 Jahre dafür kämpften.

Christian Bunke

Harodim: neuer Film – alte Verschwörungstheorien

Am 8. November startet „Harodim", ein Film zum 11.September. Wer sich gute Actionszenen erwartet, der wird wohl nicht enttäuscht werden. Wer eine politische Auseinandersetzung sucht, schon. Der Trailer lässt Schlimmes befürchten: Hier fliegen die Flugzeuge statt ins World Trade Center in ein Wahrzeichen der Freimaurer. Gegen die Freimaurer richten sich traditionell eher rechte Verschwörungstheorien. Dem Image des Films hilft sicher, dass ihn angeblich keine US-Firma finanzieren wollte – da freut sich die Gerüchteküche.

Angesichts der Rücksichtslosigkeit der US-Regierung, die mit Diktaturen paktiert und 9/11 zur Rechtfertigung für Kriege im Mittleren Osten machte, ist es nachvollziehbar, wenn man ihr „alles" zutraut. Verschwörungstheorien setzen bei berechtigten Zweifeln an. Sie machen letztlich einen „unsichtbaren Feind", der im Geheimen alle Fäden zieht, für das Weltgeschehen verantwortlich. Sie bieten einfache und v.a. falsche Antworten. Die Gründe für Krieg und andere Katastrophen liegen im kapitalistischen System. Der Kampf dagegen ist oft schwierig. Das Hochkochen von Verschwörungstheorien dient nur dazu, von den kapitalistischen Ursachen abzulenken, dazu gehört wohl auch „Harodim".

Michael Gehmacher

Religion & Rassismus
Islam & die Linke

„Den Islam" gibt es nicht. Doch rechte Hetze versucht Moslems und Muslimas als Feindbild aufzubauen.

Wer einen Koran verbrennen oder Mohammed-Karikaturen zeigen will, kann sich der Aufmerksamkeit aller Medien sicher sein. Das geschieht nicht um der Meinungsfreiheit willen, sondern als bewusste Provokation und meist mit rassistischem Kalkül. Aus Angst vor dem Zorn von Millionen Menschen in der islamischen Welt werden solche Aktionen verurteilt. Und damit ist das Bild des Islam in der europäischen Öffentlichkeit meist schon komplett: „die Wahnsinnigen", die allen demokratischen Werten entgegenstehen.

Dieses Bild wird besonders gerne von rechten Parteien gezeichnet. Die Hetze gegen „den Islam", oft getarnt als „Islamkritik", ist die Brücke zur Hetze gegen MigrantInnen allgemein. Eine Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Strömungen im Islam erfolgt nicht. Die Tatsache, dass für die überwiegende Mehrheit moslemischer Menschen die Religion ungefähr so wichtig ist wie für den/die typischen „TaufscheinchristIn", wird ignoriert. Den angeblichen „Bürgerinitiativen", die versuchen, den (Aus-)Bau von islamischen Zentren zu verhindern, geht es nicht um Parkplätze und Ähnliches – ihre InitiatorInnen wollen MigrantInnen an sich loswerden.

Wie in allen Religionen gibt es auch im Islam besonders reaktionäre Tendenzen. Die Hamas geht in Gaza gewaltsam gegen eine soziale Protestbewegung vor, genau wie das Mubarak & Co zuvor getan haben. Auch in Österreich verbergen sich hinter dem islamischen Verband „ATIP" reaktionäre Interessen des türkischen Staates. Solche Organisationen können daher auch keine BündnispartnerInnen gegen Rassismus oder die FPÖ sein.

Moslems/Muslimas stehen in Österreich besonders im Kreuzfeuer. Oft geht es um Symbole, wie etwa die Kopftuchfrage. Der Zwang, ein Kopftuch zu tragen, ist zutiefst frauenfeindlich. Doch angesichts rassistischer Angriffe ist es für viele Frauen auch ein Zeichen kultureller Identität. Die Rechte will unter dem Vorwand „Frauenrechte" z.B. ein Kopftuchverbot. Doch ein solches würde nicht zur Befreiung von patriarchalen Zwängen führen, sondern helfen, muslimische Frauen weiter zu isolieren. Statt z.B. mit Kopftuch Lehrerin zu sein, würden viele nach einem Verbot (immer noch mit Kopftuch) zu Hause bleiben. Als SozialistInnen stehen wir für ein Programm gegen Frauenunterdrückung, das sich nicht an Symbolen orientiert, sondern die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen ins Zentrum stellt. Also das Recht auf kostenlosen Bildungszugang, einen ordentlich bezahlten Job und leistbare Wohnungen.

Die Angriffe auf „den Islam" kommen meist aus einem rechten Eck und haben rassistischen bzw. christlich fundamentalistischen Hintergrund (so erklärte der Papst in seiner Grußbotschaft an die christlichen FanatikerInnen von HLI, dass „Europa nur auf der Grundlage christlicher Familien eine Zukunft verheißen ist"). Aber das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass Linke „den Islam" an sich verteidigen müssen. Es geht darum, rechte Hetze zu entlarven, Rassismus zu bekämpfen und religiöse Selbstbestimmung zu verteidigen. Was uns als MarxistInnen nicht an einer grundsätzlichen Kritik an Religion und Glauben hindert.

Der Islam dient den Herrschenden in aller Welt als Mittel gegen soziale Proteste. Im Westen, weil sich an dieser Frage MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen spalten lassen. In der muslimischen Welt als Ventil, um soziale Gerechtigkeit auf ein anderes Leben zu verschieben und die Menschen von ArbeiterInnen-Organisationen fernzuhalten. Der Schwerpunkt in dieser Ausgabe von „Vorwärts" widmet sich dem Thema, das in so vielen aktuellen Debatten eine Rolle spielt: dem Islam.

Tilman P. Ruster

Die wahre Gefahr: Rechtsextremismus

479

Rechtsextreme Straftaten

„Von den 479 Strafhandlungen waren 58,9% rechtsextremistisch, 7,7% fremdenfeindlich/rassistisch, 3,3% antisemitisch und 0,9% islamophob motiviert“

0

Radikalislamische Anschläge

„...keine konkreten Hinweise auf geplante oder beabsichtigte Anschläge in Österreich.“

Quelle: Verfassungsbericht 2012

Islamische Welt im Aufbruch?

Zahlen & Fakten zum Islam

Der Islam ist mit bis zu 1,57 Mrd. Gläubigen die zweitgrößte Religionsgemeinschaft. Er entstand in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts auf der arabischen Halbinsel. Die neue Religion bot u.a. eine Rechtsgrundlage, mit der Mohammed die zuvor zerstrittenen Stämme vereinte, wodurch schließlich ein Gebiet von der spanischen Halbinsel bis Indien erobert werden konnte.

Wie alle anderen großen Religionen ist auch der Islam in unzählige Richtungen gespalten. Die Gründe dafür liegen in unterschiedlichen sozialen und politischen Interessen. Mohammed hat nicht nur eine Religion, sondern auch ein neues Reich hinterlassen. Das führte zum Streit. Die Spaltung in SchiitInnen und SunnitInnen hatte nur vordergründig religiöse Gründe. Tatsächlich gab es handfeste materielle Gründe. Vorerst endete der Streit mit einem Kompromiss, entbrannte aber immer wieder an weltlichen Fragen, wie der Aufteilung der Kriegsbeute. Schließlich wurde der Konflikt kriegerisch gelöst und führte zur endgültigen Spaltung. Bis heute stellen die SunnitInnen mit 85% die größte Gruppe. Die SchiitInnen sind wesentlicher kleiner und heute auf den Libanon, Irak, Iran und Bahrain beschränkt.

Beide Richtungen sind wieder in sich gespalten und bei beiden gibt es gemäßigte und radikale Trends. Eine der gefährlichsten Strömungen sind die WahhabitInnen und die ihnen nahe stehenden SalafistInnen. Diese ultrakonservative Auslegung ist in Saudi-Arabien Staatsreligion und unterstützt weltweit Gruppen. Ein Großteil des islamistischen Terrors bezieht sich auf diese im Weltmaßstab gesehen kleine Strömung.

Islam in Österreich Im 10. Jahrhundert siedelten Muslime im Gebiet des heutigen Burgenlands. Handelsbeziehungen waren alltäglich. Über sie fand kultureller Austausch zwischen Österreich und der islamischen Welt statt. 1908 annektierte das österr. Kaiserreich Bosnien. Um die sozialen und politischen Spannungen am Balkan einzudämmen, wurde 1912 der Islam als Religionsgemeinschaft in Österreich anerkannt und Selbstbestimmung zugesichert. Heute leben über 500.000 Menschen muslimischen Glaubens in Österreich (6,2% der Bevölkerung). Nur eine verschwindende Minderheit davon ist streng religiös bzw. fundamentalistisch; die Mehrheit hält es ähnlich wie die „Taufscheinchristen“.

Die Logik „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ führt in die Katastrophe

In Teheran hängt ein Plakat: „Unsere Revolution wurde exportiert!“ und dahinter die Fahnen jener Länder, von denen das iranische Regime behauptet, dass sie eine Neuauflage der islamischen Revolution von 1979 durchführen (Ägypten, Tunesien, Bahrain, etc.). Darin sind sich die Ayatollahs in Teheran und die „IslamkritikerInnen“ in Europa einig: Wenn Muslime eine Revolution machen, dann müsse ein Gottesstaat das Resultat sein.

Doch „den Islam“ gibt es nicht. Zurzeit ist der islamische Fundamentalismus prägend in der „islamischen Welt“. Die Wahl der Moslembruderschaft in Ägypten und in Tunesien ist aus dem jeweiligen nationalen Kontext heraus zu erklären. Die religiöse Rechte, in Form der Moslembrüder, war in den formal säkularen Diktaturen von Mubarak und Ben Ali verfolgt. Gleichzeitig konnte sie mit Geld aus den Ölstaaten Sozialstrukturen aufbauen, die sie für viele verelendete Menschen attraktiv machten. Sie war eine radikal-oppositionelle Caritas und griff auf die religiösen Gefühle von Millionen Menschen zurück. Die ArbeiterInnenbewegung, die gerade in Tunesien der eigentliche Träger der Bewegung gegen die Diktatur gewesen war, hatte diese Unterstützung nicht. Unterdrückt vom alten und neuen Regime und ohne Hilfe von z.B. Gewerkschaften aus dem Ausland hatte sie eine wesentlich schlechtere Ausgangslage. Auf dieser Grundlage waren die Wahlerfolge islamistischer Organisationen möglich.

Die Regierungen der religiösen Rechten sind jedoch instabil. Einerseits war das einigende Band in der Vergangenheit die gemeinsame Verfolgung durch die Regimes. Das ist jetzt zerrissen und die inneren Widersprüche zwischen Altislamisten und bspw. Jugendlichen brechen auf. Andererseits wurden sie gewählt, weil sie Demokratie und soziale Rechte versprochen haben. Wenn sie nicht liefern, und das werden sie nicht, wird sich ein Großteil ihrer ehemaligen Basis gegen sie richten.

Im Bürgerkrieg 1918-21 entstanden in Russland und den Nachbarstaaten demokratisch-islamische Regionalregierungen, die auf Seiten der Revolution kämpften. Im Rahmen ihrer Politik der nationalen Selbstbestimmung gingen die Bolschewiki nicht dagegen vor. Im Gegenteil: Hier den Islam zu bekämpfen, hieße von der Revolution große Teile der Bevölkerung auszuschließen, die auch für den Sieg im BürgerInnenkrieg notwendig waren. Stattdessen wollte Lenin Moslems/Muslimas in den Aufbau einer sozialistischen Ordnung integrieren und sie so durch Erfahrung zu SozialistInnen machen. Doch die stalinistische Degeneration der Sowjetunion hatte auch hier negative Folgen: Nach dem 2. Weltkrieg bildeten sich in den meisten moslemischen Ländern „kommunistische“ Massenparteien. Abhängig von den Weisungen aus Moskau, entwickelten sie kaum eine unabhängige Politik im Interesse der ArbeiterInnenklasse und der Armen, sondern verfolgten, mit linken Phrasen verziert, die Interessen der Sowjetunion. Einer oft nur formalen nationalen Unabhängigkeit wurden die sozialen Interessen der ArbeiterInnenklasse untergeordnet. „Volksfronten“ – Bündnisse mit nationalen bürgerlichen Kräften – waren das Ziel der KPn und nicht demokratische Rätestrukturen der ArbeiterInnen und armen BäuerInnen. Dies bedeutete die Unterordnung unter säkular-nationalistische Regime, die mit der UdSSR verbündet waren (u.a. Nasser in Ägypten oder die Baath-Diktaturen in Syrien und Irak). Die sich gegen die Diktaturen entwickelnden Massenbewegungen fanden in der KP keine Verbündeten. In das somit entstandene Vakuum stießen die religiösen Kräfte. Diese waren nicht zwangsläufig rechts. Ähnlich wie in der katholischen Befreiungstheologie entwickelten sich auch links-is-

Das Versagen der Linken war und ist Voraussetzung für den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus

lamistische Strömungen, etwa die Mojaheddin-e Khalq (MEK) in Iran. Doch auch in der iranischen Revolution von 1979 verzichteten linke Organisationen darauf, eine eigenständige Politik für ArbeiterInnen und BäuerInnen zu vertreten. Die MEK ordnete sich zuerst Khomeini und später, nachdem sie von diesem verfolgt wurden, Saddam Hussein unter. Eine selbständige Klassenposition und eine sozialistische Perspektive fehlte.

Seine Stärke zieht der islamische Fundamentalismus aus dem Versagen der Linken und der verzweifelten sozialen Lage der Massen. Praktisch ist die Agenda der IslamistInnen keine, die auch nur ansatzweise die soziale Lage der Massen verbessern würde. Jene Staaten, die von ihnen regiert werden, etwa Saudi-Arabien oder Iran, sind kapitalistische Staaten. Der Reichtum ist in wenigen Händen konzentriert, die Masse der Bevölkerung leidet unter Ausbeutung und Unterdrückung. Die Sozialpolitik der IslamistInnen erschöpft sich in Almosen. Der (Öl-)Reichtum wird von einer kleinen Elite abgeschöpft. Die grundlegendsten sozialen und demokratischen Rechte von Frauen sind eingeschränkt oder abgeschafft. Freie Gewerkschaften existieren nicht.

Schon aus historischer Perspektive ist die Annahme, Islamismus sei „antiimperialistisch“, absurd. Die afghanischen Taliban und Al-Qaida wurden von den USA gegen die Sowjetunion hochgezüchtet. Die palästinensische Hamas wurde in den 1980er Jahren als Gegengewicht zur „linken“ PLO mit israelischen Geldern finanziert. Die klerikal-monarchistischen Regimes in Saudi-Arabien und am Persischen Golf sind enge Verbündete des Westens, der „Antiimperialismus“ der islamistischen Bewegungen rhetorisch. Die Konflikte zwischen IslamistInnen und Imperialismus erklärt sich nicht aus dem Charakter von Hamas, Al-Qaida, etc., sondern aus der mehr zufälligen Konfrontation der jeweiligen Interessen. Gemeinsam haben die Herrschenden in EU, USA, Israel, Russland, etc. mit der Führung der IslamistInnen den Wunsch nach der Niederhaltung der ArbeiterInnenklasse und der armen Massen.

Das heißt nicht, wie viele westliche „IslamkritikerInnen“ meinen, dass es sich deshalb um „mittelalterliche“ Gesellschaften handeln würde. Vielmehr liegt eine Kombination aus moderner kapitalistischer Ökonomie und überholten feudalen Strukturen vor.

Der Fundamentalismus ist die Speerspitze der Reaktion in den islamisch geprägten Ländern. Er ist der Hauptfeind der ArbeiterInnenbewegung. Das zeigte sich im brutalen Vorgehen der Schlägerbanden der Moslembrüder am 12.10. auf dem Kairoer Tahrirplatz gegen eine Demonstration der ägyptischen Linken.

Doch nicht alle Mitglieder und WählerInnen islamischer Parteien sind religiöse FanatikerInnen. Sozialer Protest drückt sich oft auf Grundlage der jeweils vorherrschenden Ideologie aus. Das Versagen der Linken, die soziale Verelendung, etc. haben zu einer Stärkung der religiösen Strömungen in der Bevölkerung geführt. Aufgabe der Linken ist es, ein politisches Programm vorzulegen, mit dem es möglich ist, die Widersprüche zwischen Führung und Basis der IslamistInnen aufzuzeigen und die einfachen UnterstützerInnen für einen gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnenklasse, unabhängig von der Religion, für die gemeinsamen sozialen und demokratischen Interessen zu gewinnen. Ein Programm, das die demokratischen, gewerkschaftlichen und sozialen Rechte von ArbeiterInnen und Frauen ins Zentrum rückt.

Jan Rybak

Marx aktuell

Seufzer der bedrängten Kreatur, Geist geistloser Zustände

Ihren Ursprung haben Religionen in den Urgesellschaften, die versuchten, sich Naturphänomene zu erklären. Für Fragen wie „Warum geht die Sonne auf und unter?“ wurden Antworten gesucht. Auch heute werden hinter Phänomenen, für die wissenschaftliche Erklärungen noch fehlen, oft noch „höhere Mächte“ vermutet. Mit der Entwicklung der ersten Klassengesellschaften *„treten neben den Naturmächten auch gesellschaftliche Mächte in Wirksamkeit. Die Phantasiegestalten [...] erhalten damit gesellschaftliche Attribute, werden Repräsentanten gesellschaftlicher Mächte.“* (Engels, Anti-Dühring, 1876-78)

Die Religion wurde schon in frühen Klassengesellschaften als Rechtfertigung für Herrschaft herangezogen. Die ägyptischen PharaonInnen waren vom Sonnengott Re eingesetzt, römische Kaiser leiteten ihre Legitimation von göttlichen Patronen ab.

Nach und nach bekamen monotheistische Religionen die Oberhand. Das Christentum zeigt viele Facetten der Religion. Es begann als Ausdruck sozialen Protests in den Provinzen des röm. Reichs. Es war *„der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend“* (Marx). Das Gottes- und Gesellschaftsbild der modernen Religionen Christentum & Islam erwies sich als guter Träger der ökonomischen Entwicklungen. Die Feudalgesellschaft verwandelte freie Bauern in Leibeigene, die Religionen dienten als Kitt zwischen ihnen und dem Adel. Einmal an der Macht, dienten sie als Rechtfertigung für Beutezüge der Herrschenden. Die Paradiesvorstellungen der monotheistischen Religionen erwiesen sich als doppelt nützlich: *„Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden, womit sie ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet.“* (Lenin, Sozialismus und Religion, 1905)

Für MarxistInnen ist Religion keine individuelle Dummheit, wie bürgerlich-atheistische KritikerInnen wie Dawkins oder Onfray meinen. Sie entspringt gesellschaftlichen Missständen, der Entfremdung des Menschen von sich selbst. Marx folgert daraus: *„Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über einen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf.“* (Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, 1843)

MarxistInnen kämpfen deshalb gegen Auswüchse der Religion (Homophobie, Sexismus etc.), verteidigen aber gleichzeitig die Religionsfreiheit. Damit die Religion aufhört, ein Spaltungsmittel der Herrschenden zu sein, muss sie vom Staat getrennt sein und sämtliche Privilegien verlieren. Überwunden werden kann sie nur durch die Überwindung der Klassengesellschaft. *„Durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsteren Mächte des Kapitalismus aufgeklärt wird. Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.“* (Lenin, ebd.) **Sebastian Kugler**

Ist der Islam antikapitalistisch?

Wo steckt in den islamisch dominierten Ländern das Potential, den Imperialismus zu besiegen?

Oft wird dem Islam als Religion ein grundlegender Antikapitalismus unterstellt. Verantwortlich dafür soll das im Koran mehrfach beschriebene Zinsverbot sein. Die Idee: Wer Schulden hat, dürfe nicht ausgepresst werden. Daraus folgt die Annahme, islamisch geprägte Länder könnten keinen modernen Kapitalismus mit Kreditsystem entwickeln. Dies ist aus mehreren Gründen falsch. Erstens sind vom Zinsverbot weder Handelsspannen, Erlöse aus Vermietung, ausgezahlte Dividenden noch Rohstoffe oder Gold betroffen. Zweitens gibt es mehrere Umgehungsmöglichkeiten: Konsumkredite werden in Form des Leasing ausgeführt, während für die Aufstockung von Investitions-Kapital zusätzliche Gesellschafter ins Boot geholt werden können. Noch wichtiger ist die Tatsache, dass in keinster Weise der Verkauf menschlicher Arbeitskraft eingeschränkt oder verboten ist. Dies ist jedoch der Kern des Kapitalismus.

Es gibt einen noch grundsätzlicheren Einwand: Eine Gesellschaft besteht aus mehr als der Religion (bzw. einer Variante davon) eines Teils oder Großteils ihrer Bevölkerung. In Bezug auf den Katholizismus wird auch niemand ernsthaft behaupten, dass aufgrund der Moralvorschriften des Alten Testaments eine bürgerliche Rechtsordnung heute unmöglich sei. Hier wird jedoch mitunter eingewendet, dass in „den islamischen Ländern“ die Säkularisierung (Verweltlichung bzw. Zurückdrängen der Religion) viel schwächer sei als in „den westlichen Ländern“. Davon abgesehen, dass es an konsequenter Säkularisierung mitunter auch im Westen mangelt, sind die Gründe für diesen Trend aufschlussreich.

Der größte Teil der islamischen Welt wurde lange Zeit kolonial ausgebeutet. Diese Abhängigkeit wuchs seit Entstehung des Imperialismus im Rahmen der „Neuaufteilung“ der Welt und des Kapitalexports im 20. Jahrhundert, v.a. angetrieben durch Erdöl, andere Rohstoffe und die strategische Lage. Das stellte von Beginn an eine Barriere für industriellen Fortschritt und die Entwicklung der Gesellschaften dar. Trotz Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt blieben vielerorts mittelalterliche Strukturen bestehen.

Die religiösen Führer gingen entweder in völlige Opposition zum Imperialismus (nicht aber zum Kapitalismus) und nutzten den Islam, um Massenbewegungen für ihre Interessen zu mobilisieren (Beispiel: Mullahs im Iran), oder es kam zu einem Arrangement mit ihm, was jedoch keinesfalls eine bürgerlich-demokratische Entwicklung sicherstellte. Vielmehr festigten sich halb-feudale Diktaturen als Bündnispartner des Westens (z.B. auf der Arabischen Halbinsel).

Die Zeit nach dem 2. Weltkrieg war von Aufständen und Revolutionen in den kolonialen Ländern geprägt. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges und der Existenz des Stalinismus orientierte sich eine Reihe von Bewegungen an Moskau. Gleichzeitig spielten religiös geprägte Organisationen und Parteien eine gewisse Rolle. Sie dominierten jedoch erst, nachdem die linken und stalinistischen Parteien durch ihre nicht-revolutionäre Politik große Chancen vergaben. Sie hielten die Überwindung des Kapitalismus für „verfrüht“ und paktierten entweder mit Teilen der bürgerlichen Eliten oder mit religiösen Führern. Dadurch konnte jedoch weder die Demokratisierung abgesichert noch der Großgrundbesitz aufgehoben oder die Abhängigkeit vom Imperialismus beendet werden.

Die Balance verschob sich – gleichsam als Strafe für diese Fehler – hin zum Fundamentalismus. Dessen Wachstum wurde von imperialistischen Regierungen teils sogar gefördert – als Gegengewicht zu linken oder unberechenbaren nationalistischen Kräften. Mit den aktivsten und reaktionärsten Fundis kämpften US-Truppen auch schon mal Hand in Hand, um den Einfluss der UdSSR zurückzudrängen (Afghanistan 1980er Jahre). Doch ab 1990 änderte sich alles. Die militärischen Aktivitäten des Westens seit dem Irakkrieg ließen die Dämme brechen. Der islamische Fundamentalismus ist jedoch nicht das Ende der Geschichte.

Die aktuelle Lage in Ägypten zeigt, dass neben den Moslembrüdern, diversen bürgerlichen Kräften und der Anhängerschaft des alten Regimes auch die Chancen auf das Wachstum einer eigenständigen ArbeiterInnen-Bewegung vorhanden sind. Auch im Islam bestehen soziale Klassen und somit entgegengesetzte Interessen. Durch Religion kann dies zeitweilig überdeckt werden. Doch das funktioniert nicht dauerhaft. Ein politischer Grundsatz der gegenwärtig und künftig entstehenden ArbeiterInnen-Bewegungen könnte lauten: Die Rückschrittlichkeit der Gesellschaften einschließlich Fundamentalismus und die Instabilität des Kapitalismus sind zwei Seiten derselben Medaille. **Franz Neuhold**

Spendensammeln für ai und WWF: Miese Arbeit, mieses Geld

Auf der Suche nach dem Sommerjob landen viele bei Fundraising für AIWWF (Amnesty International/ World Wide Fund for Nature). Das Aufnahmegespräch gestaltet sich zügig, so gut wie jedeR wird genommen, entgegen der Beteuerung, man gehöre zu „den 5%“, welche das „strenge“ Verfahren bestehen. Die Arbeit ist ein Graus. Laut Dienstvertrag müssen wir einen Gesprächsleitfaden befolgen welcher a) pseudofreundliche Sprüche vorgibt („Ich beiß auch nur ganz selten“) und b) miese Sprüche liefert, um den Menschen ihr Geld aus der Tasche zu ziehen („Das Geld, das DU jedes Wochenende versäufst, könntest du auch spenden“). Verständlich, dass die meisten Menschen die Tür wieder zuknallen. Und: die Argumente, z.B. „um den Regenwald zu retten“, sind falsch. Tatsächliche Verbesserungen: Fehlanzeige! Dabei gilt es, als FundraiserIn eine bestimmte Quote zu erfüllen, denn wer nicht genug Geld liefert, ist den Job schneller los als man „Regenwald“ sagen kann.

Wenig verwunderlich, dass derzeit ein „Schwarzbuch WWF“ die oft menschenunwürdigen Methoden des WWF aufdeckt und bei AI bereits mehrere Streikaktionen stattgefunden haben. Während die „Menschenrechtsorganisation“ mit lausigen Begründungen (Kostensteigerung) massive Jobkürzungen bereithält, legitimiert die „Umweltorganisation“, um ihr Naheverhältnis zur Wirtschaft nicht zu verlieren, Zwangsumsiedlungen bzw. das Abholzen von Urwäldern, um ihn durch Palmenplantagen zu ersetzen.

Ein gewisser Idealismus der „Basis“ beider Organisationen ist verständlich, wird jedoch von den Führungsspitzen der beiden „Betriebe“ gekonnt manipuliert. Die Erklärungsversuche sind verwaschen oder es wird ihnen ausgewichen. Hinzu kommt, dass die „offizielle“ Herangehensweise der beiden Konzerne falsch ist. Umweltzerstörung und die Missachtung von Menschenrechten sind logische Produkte des kaputten Systems. Zwar ist es grundsätzlich richtig, gegen das weltweite Morden bzw. die Umweltzerstörung zu kämpfen. Doch solange das kapitalistische System, das dafür verantwortlich ist, unwidersprochen aufrecht bleibt, wird sich nicht viel ändern!

Der Autor muss anonym bleiben, weil der Dienstvertrag auch vorschreibt, das sechs Monate nach dem Ende des Dienstverhältnisses nichts Negatives über AIWWF gesagt werden darf.

Antifa-Komitees

In Griechenland ist die Bedrohung durch die Nazis der „Goldene Morgenröte“ enorm. Sie erhalten mit ihrem rassistischen, pseudosozialen Programm immer mehr Unterstützung. Ihre Schlägertrupps suchen gezielt „MigrantInnenviertel“ heim.

Doch dagegen regt sich starker Widerstand. Überall im Land entstehen Antifa-Komitees. Die Impulse dafür setzen oft AktivistInnen von „Xekinima“, der griechischen Schwesterorganisation der SLP. „Die Komitees werden hauptsächlich von Betroffenen und AnrainerInnen organisiert und gestaltet. Auch Kulturvereine und Sportclubs sind dabei“, meint Giannos Nikolaou, Aktivist von „Xekinima“. Bei regelmäßigen Treffen werden aktuelle Themen diskutiert und Aktionen geplant. Besonders wichtig ist für „Xekinima“ die Einbindung der Gewerkschaften. In Kallithea im Ballungsraum Athen arbeitet die örtliche LehrerInnengewerkschaft am Komitee mit und bindet örtliche Schulen ein. Im Athener Stadtviertel Metaxourgeio sind ImmigrantInnen Teil der Komitees. Die Arbeit besteht hauptsächlich aus Aufklärung über die Lügen der Nazis und ihre Gefährlichkeit – aber auch in der Organisation von Kundgebungen und Demonstrationen, um die Nachbarschaft frei von faschistischen Schlägerbanden zu halten. Schon die Präsenz wirkt. „Wo solche Komitees existieren, gibt es bislang keine neuen faschistischen Aktivitäten“, berichtet Giannos.

Aufgrund der Stärke der Rechten gibt es den Wunsch, Antifa-Komitees zu bilden.

Lukas Kastner

Wir haben Sex! Her mit der kostenlosen Verhütung!

Jugendliche haben Sex, so oder so, unabhängig von Geschlecht, sozialer und kultureller Herkunft. In Österreich gibt es im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern keine finanzielle Unterstützung und hohe Barrieren für Verhütungsmittel. ExpertInnen schätzen, dass dadurch ungewollte Schwangerschaften unter Jugendlichen besonders hoch sind. Ebenso ist bessere Aufklärung erforderlich, um den richtigen Gebrauch von Verhütungsmitteln zu ermöglichen. Effektive Verhütung und Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten beinhalten Doppelverhütung mit Kondom und Pille oder ähnlichem, das dementsprechend kostet. Jugendliche bekommen im Schnitt 50 Euro Taschengeld. 20 % davon müssten für Verhütungsmittel ausgegeben werden. **Daher:** Verhütungsmittel für alle, gratis und leicht zugänglich. **Marlene Mayer**

Fundstück des Monats

Stronach sozial? Von wegen!

„Fränkie“ stellt seine Lobby-Politik für Superreiche als „sozial“ dar. Neuestes Schmankerl: noch niedrigere Steuern für Unternehmen, als „Anreiz“, ArbeiterInnen am Gewinn zu beteiligen. Mit anderen Worten: ein größerer Kuchen für Bosse, von dem sie, wenn sie wollen, einen Krümel hergeben können.

Opposition formiert sich in britischer Gewerkschaft

Das National Shop Stewards Network organisiert Gewerkschaftsopposition in Britannien.

Am 9. September protestierten mehr als 800 GewerkschaftsaktivistInnen in Brighton beim Kongress des britischen Gewerkschaftsverbandes (TUC) – organisiert vom National Shop Stewards Network (NSSN – Bundesweites Netzwerk von BetriebsrätInnen). Es sprachen führende FunktionärInnen der PCS („Public and Civil Servants"), der RMT („Rail, Maritime and Transport") und der POA (Gewerkschaft der GefängniswärterInnen). Das sind drei der kämpferischsten Gewerkschaften in Britannien, und alle gratulierten dem NSSN für die Verbreitung der Idee eines 24-Stunden-Generalstreiks gegen die 100 Milliarden-Kürzungsorgie der konservativ-liberalen Regierung. Die POA brachte einen Antrag ein, dass die Gewerkschaften „koordinierte Aktionen mit weitreichenden Kampagnen bis hin zu einem Generalstreik" organisieren sollten. Die Protestkundgebung der NSSN beim Gewerkschaftskongress sollte dieser Forderung Nachdruck verleihen. Kurz davor hatte der Bundesvorstand des TUC darüber abgestimmt, ob dieser Antrag unterstützt wird – mit 16 zu 16. Zwei der großen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Unison (die größte Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes) und die GMB („General, Municipal, Boilermakers"), enthielten sich zu diesem Zeitpunkt noch. Gerade als sich die Kundgebung der NSSN dem Ende zuneigte und der Kongress beginnen sollte, wurde angekündigt, dass nach der GMB nun auch Unison entschieden hatte, den Antrag der POA zu unterstützen. Damit war klar, dass der Antrag beschlossen werden würde.

Natürlich ist die Verabschiedung eines Antrags auf einem Gewerkschaftskongress nicht gleichbedeutend mit einem Aufruf zu einem Generalstreik durch den TUC. Es wäre der erste Generalstreik in Britannien seit 1926. Aber die Idee ist nun durch die Abstimmung ein Faktor geworden. ArbeiterInnen diskutieren darüber, wie die massiven Kürzungen, von denen 85% noch ausstehen, zurückgeschlagen werden können. Bis jetzt wurden bereits 400.000 öffentlich Bedienstete abgebaut, Löhne sind für vier Jahre eingefroren, Privatisierung des Gesundheitssystems, eine Verdreifachung der Studiengebühren auf 9.000 Pfund/Jahr, Kürzung von Beihilfen etc. Auf der Konferenz der Konservativen hat Finanzminister Osborne weitere 16 Mrd. Kürzungen angekündigt, von denen 10 Mrd. den Sozialbereich betreffen und die Ärmsten treffen.

Diese wichtigen Ereignisse zeigen die zentrale Rolle des NSSN. Das hat sich auch bei den koordinierten Streikaktionen im Juni und November letzten Jahres sowie am 10. Mai bestätigt. In Wirklichkeit hat die RMT diese Rolle vorweggenommen, als sie 2006 nach zwei Jahrzehnten historisch niedrigen Levels von Kämpfen das NSSN initiierte. Das NSSN ist eine Organisation, die versucht, BasisaktivistInnen der Gewerkschaft und BetriebsrätInnen zusammenzubringen. Es verbreitet Informationen über ArbeiterInnen im Kampf, um Unterstützung und Solidarität aufzubauen. Aber es kann auch selbst als Katalysator für Kämpfe fungieren, um durch die Basis Druck auf die Gewerkschaftsführung aufzubauen. Die Socialist Party (CWI in England & Wales) hat sofort das Potential einer solchen Basis-Gewerkschaftsorganisation in Zeiten heftigeren Klassenkampfes erkannt. Wir haben innerhalb des NSSN große Autorität und konnten AktivistInnen von unserer Strategie und Orientierung überzeugen. Die Perspektive hinsichtlich der potentiellen Rolle des NSSN beginnt sich zu bestätigen. Während die Streiks im Öffentlichen Dienst stocken, hat das Vorbild streikender GewerkschafterInnen und der bundesweiten Demonstrationen rund um die Verteidigung der Pensionen einer wachsenden Zahl von ArbeiterInnen im privaten Sektor Selbstvertrauen gegeben. Wir haben dieses Jahr eine ganze Reihe von lokalen und bundesweiten Auseinandersetzungen gesehen. Einige waren erfolgreich, wie die der ElektrikerInnen in der Bauindustrie, die verhindern konnten, dass ihre Löhne um 35% reduziert wurden. Ebenso bei den Londoner BusfahrerInnen, die sich mit dem ersten Streik seit 30 Jahren einen Olympia-Bonus sichern konnten.

Das NSSN hat durch konkrete Forderungen und Methoden, aber auch durch die harte Arbeit der Intervention vor Ort Autorität gewonnen. Das Minority Movement der 1920er sowie das „Liason Comittee for the Defence of Trade Unions" in den 60er/70er Jahren, beide unter Einfluss der KP, konnten Tausende ArbeiterInnen mobilisieren. Das NSSN muss für eine ähnliche Position kämpfen, um eine entscheidende Rolle in der Verteidigung der Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung spielen zu können.

Rob Williams,
National Trade Union Organiser, Socialist Party
www.socialistparty.org.uk

Südafrika: Streiks weiten sich aus

In Südafrika gärt es. Das Land blieb nach Ende der Apartheid (Rassentrennung) kapitalistisch. 18 Jahre ANC-Regierung (African National Congress, schwarze Befreiungsbewegung gegen Apartheid, nun Regierung) haben die soziale Lage kaum geändert: 20 % Arbeitslosigkeit und Armut (über 40 % haben weniger als drei Dollar/Tag). Die Gewerkschaftsbürokratie ist auf Seite der internationalen Konzerne.

Die Repression gegen den Streik in der Platinmine von Lonmin in Marikana mit Dutzenden Toten hat die ArbeiterInnen nicht eingeschüchtert, obwohl auch die NUM (traditionelle Gewerkschaft der MinenarbeiterInnen) den Streik bekämpft. Ein Monat Kampf brachte eine Lohnerhöhung von 22 %! Der Kampf breitete sich auf andere Minen aus und spitzt sich zu. Polizisten lösten einen Sitzstreik von Arbeitenden der Kloof-Goldmine mit Blendgranaten und Gummigeschoßen auf. Anglo American Platinum entließ als Reaktion auf einen Streik 12.000 ArbeiterInnen.

Am 13.10. versammelten sich in Marikana 120 VertreterInnen, die über 100.000 Bergleute repräsentieren. Aus dem lokalen Streikkomitee für die Region Rustenburg wurde somit ein nationales Streikkomitee. Für den 3.11. wurde ein Generalstreik für einen Mindestlohn von 12.500 Rand und ein Marsch zum Regierungsgebäude beschlossen.

DSM (Democratic Socialist Movement, CWI Südafrika) spielt im nationalen Streikkomitee eine führende Rolle. Schon seit Langem in der Region aktiv, griff DSM die Forderung nach Verstaatlichung der Minen unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten auf und gab der allgegenwärtigen Forderung nach einem Generalstreik Ausdruck. Deswegen ist DSM auch die führende Kraft im Kampf für eine neue ArbeiterInnen-Partei. Mametlwe Sebei, DSM und Sprecher des unabhängigen Streikkoordinationskomitees, rief ArbeiterInnen auf, Streikkomitees zu gründen und sich dem nationalen Streikkomitee anzuschließen. Während NUM die Streiks weiterhin ablehnt, unterstützt der mit dem ANC verbundene Gewerkschaftsdachverband COSATU die Forderung nach 12.500 Rand Mindestlohn. Er versucht, so Kontrolle über die unabhängige Streikbewegung zu bekommen. Die Streikenden fordern von COSATU, für den landesweiten Generalstreik zu mobilisieren.

Gerhard Ziegler

Generalstreik in Europa jetzt!

Europa und insbesondere die EURO-Staaten kommen nicht aus der Krise. Die EU-Führung unter der Fuchtel der deutschen Kanzlerin Merkel diktiert ein Sparpaket nach dem anderen. Am stärksten betroffen sind die Länder Südeuropas. Sie stehen bereits mehr oder weniger unter der direkten Kontrolle der sogenannten „Troika". Dahinter verbergen sich der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission – also die Interessen der Wirtschaft. Sie bestimmen die tatsächliche Politik dieser Länder. Was Sozialistinnen und Sozialisten schon immer sagen, zeigt sich hier ganz deutlich: Gewählte Parlamente und Regierungen werden schnell zu Statisten degradiert, wenn es ums (große) Geld geht!

Die Regierungen stehen mit dem Rücken nicht nur zur Wand, sondern zur eigenen Bevölkerung.

Für die „99%" bedeuten die „Reformpläne" der EU dramatische Angriffe auf ihre Zukunft und ihren Lebensstandard. Deshalb hat nun der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) – wohl auch wegen des Drucks von unten – für den 14. November zu einem europaweiten Aktionstag gegen die Krisen- und Sparpolitik aufgerufen. Der EGB ist im Prinzip ein zahnloser Papiertiger und einige Gewerkschaftsbosse werden die kurze Frist als Ausrede dafür nutzen, nichts zu tun. Trotzdem zieht der Aufruf schon weite Kreise. Griechenland, Zypern, Malta, Spanien und Portugal haben an diesem Tag bereits zu einem Generalstreik aufgerufen. Dem ersten gemeinsamen Generalstreik auf der iberischen Halbinsel! Das ist die richtige Antwort auf die Politik der EU!

Albert Kropf

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

China: Flucht, Asyl, weiter aktiv

Zhang Shujie, 24jähriger CWI-Aktivist in China, wurde verhaftet. Er setzte sich v.a. für ArbeiterInnenrechte und freie Gewerkschaften in China ein. Es gelang ihm, die Polizei zu überlisten und er flüchtete mit Hilfe des CWI nach Schweden, weil es zu gefährlich wäre, in China zu bleiben. Dort bekam er jetzt als Ergebnis einer Kampagne Asyl. „Ich will weiterhin für ArbeiterInnenrechte und Sozialismus kämpfen", machte der Aktivist klar. Er wird mithelfen, die Website chinaworker.info zu betreuen. Und er wird Teil der internationalen Solidaritätskampagnen gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für Sozialismus in China sein. Ein Beispiel ist der wirkungsvolle Streik der ArbeiterInnen von Hualong in Taiwan. Er war auch bei Protesten gegen den chinesischen Premier Wen Jiabao in Stockholm aktiv.

www.chinaworker.info

Nordirland: Fight together!

Über 300 Jugendliche und GewerkschafterInnen nahmen am 6.10. am „Marsch für eine Zukunft" in Belfast teil. Aufgerufen wurde von „Youth Fight for Jobs & Education", initiiert von der Socialist Party (CWI Nord Irland). Gewerkschaften, „Youth Fight for Jobs" in Schottland und das Englische BetriebsrätInnennetzwerk NSSN waren ebenfalls vertreten. Die Demonstration marschierte durch ein katholisches und ein protestantisches Viertel und bezog sich dabei auf einen gemeinsamen Streik von KatholikInnen und ProtestantInnen im Jahr 1932. Neil Moore, Sprecher von „Youth Fight for Jobs & Education", meint: „Der Marsch war ein mächtiges Zeichen. Er zeigt, dass junge Leute und ArbeiterInnen sich gegen die sektiererische Spaltung vereinigen und für ihre gemeinsamen Interessen kämpfen können und wollen."

www.socialistpartyni.net

Israel: Streik

Ariel Gottlieb von „Maavak Socialisti" (CWI in Israel/Palästina), Vorsitzender der Journalistengewerkschaft, arbeitet bei der Zeitung „Haaretz". Dessen Management droht 100 Stellen abzubauen. Proteste wurden ignoriert. So entschied die Belegschaft zu streiken und verhinderte das Erscheinen der Zeitung am nächsten Tag. Zugeständnisse sind schon erreicht, doch der Kampf geht weiter.

www.maavak.org.il

Recht muss Recht bleiben. Wessen Recht?

Law & Order-Politik verhindert keine Gewalt, sondern verursacht im Gegenteil mehr Gewalt

Wir alle empfinden angesichts abscheulicher Straftaten gewisse Rachereflexe. Law & order-Parteien wie die FPÖ, in deren Reihen es zahlreiche rechtskräftig Verurteilte gibt, nutzen das aus und schreien nach härteren Strafen. Das und oft auch die Forderung nach der Todesstrafe ist populistische Methode. Meist werden härtere Strafen für „Kinderschänder“ oder „Vergewaltiger“ gefordert. Damit wird Schutz von Schwachen geheuchelt. Aber hinter law & order steckt die Aufrechterhaltung und Stärkung der Macht einiger Weniger über die Mehrzahl der Bevölkerung. Und zwar durch Errichten von einfachen emotionalen Feindbildern, besonders wenn dann noch „Asylwerber“ oder „Ausländer“ pauschal als „Verbrecher“ verleumdet werden. Wenn sich diese dann wehren, wird Gewalt gegen die vermeintlichen „Feinde“ gefordert und erzeugt. Das „Manifest“ des Massenmörders Anders Breivik nährt sich daraus. Eine law & order-Gewaltspirale entsteht. Das Bedürfnis nach Vergeltung kommt aus dem Mangel an Alternative. Strafe soll in unserer Rechtsordnung angeblich „ultima ratio“ (letztmögliches Mittel) sein. Das Verhältnis von Strafe zu Prävention bzw. Resozialisierung verändert sich mit dem gesellschaftlichen Diskurs und dem Kräfteverhältnis zwischen herrschender Klasse und Unterdrückten. Auch in der Pädagogik weiß man, dass Kinder viel eher durch positives Bestärken als durch Strafen lernen. Doch mit einem neuerlichen Rückschritt zu einem biologistischen Bild vom „geborenen Verbrecher“ wird Strafe als einzig mögliches Mittel forciert. Als MarxistInnen wissen wir, dass es kein „Verbrecher-Gen“ gibt und dass erst die Ursachen für „Kriminalität“ beseitigt werden müssen.

Was „Kriminalität“ ist, wird von Gesetzen, somit von Menschen – und daher in einer Klassengesellschaft von der herrschenden Klasse – bestimmt. Es scheint für jedeN klar, dass wir nicht einander verletzen, töten oder berauben sollen. Doch warum passiert es trotzdem? Vermögensdelikte haben im Wesentlichen soziale Ursachen. Hätten alle Menschen ausreichend Wohnung, Job, Arbeit, Sozialleistungen und Einkommen, würde dieser größte Teil an Delikten wegfallen und Strafen dafür obsolet werden. Wo kein Mangel herrscht und wo es keinen Vorteil bringt, mehr zu haben als andere, wird auch nicht „zum Vergnügen“ gestohlen. Die wirklich große Vermögenskriminalität wie Untreue, Betrug und Korruption ist zu beseitigen: Wenn es kein großes Vermögen in den Händen Weniger gibt, haben diese Wenigen auch keinen Zugriff darauf. Wenn große Unternehmen unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und KonsumentInnen stehen, ist die (kriminelle) Verfügung über diese Vermögen durch Wenige unmöglich.

Armut, Frustration, massiver Arbeitsdruck, Stress, Arbeitslosigkeit, physische und psychische Krankheit, Drogenabhängigkeit, Verzweiflung, Perspektivenlosigkeit, Wohnungsnot sind Ursachen für den Großteil von „krimineller“ Gewalt. Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn brächte Einkommen und massive Entlastung für alle. Wirtschaftliche und autoritäre Abhängigkeitsverhältnisse sind Ursache für häusliche und sexuelle Gewalt. Alle genannten Ursachen sind im Wirtschaftssystem zu finden und daher mit diesem zu beseitigen. Der Staat hat das „Gewaltmonopol“ – und nützt es auch. Streikende ArbeiterInnen, rebellische Jugendliche, sich wehrende Minderheiten werden Opfer brutaler staatlicher Gewalt. Ein Staat, der ein System schützt, in dem Viele für die Profite Weniger arbeiten, ist gewalttätig. Da der Kapitalismus an allen Ecken und Enden kracht und zunehmend in Frage gestellt wird, sind stärkere Anstrengungen zu dessen Schutz und Aufrechterhaltung nötig. Daher wird auch das „Recht“ verstärkt repressiv eingesetzt. Delikte wie „Landfriedensbruch“ oder „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze“ werden ausgegraben und gegen Widerstand eingesetzt.

Die Ungleichwertigkeit von Kapital und Mensch im Kapitalismus ist überdeutlich: Die Höchststrafe für Diebstahl ist gleich hoch wie für die tödliche Verletzung eines Menschen. Die Höchststrafe für Diebstahl durch Aufbrechen eines Behältnisses (fünf Jahre) ist höher als für die verabredete Verletzung eines Menschen durch drei Personen (drei Jahre). Für die vier Polizisten, die Bakary J. schwerst misshandelt und verletzt haben, lautete das Urteil je acht bzw. sechs Monate bedingt. Die Einen können sich spezialisierte RechtsanwältInnen oder medienwirksame StaranwältInnen leisten, die Anderen bekommen – wenn überhaupt – (oft schlechte) Pflichtverteidigung. MigrantInnen oder sozial Benachteiligte kommen leichter in Haft und sind bei Beweiswürdigung und Strafzumessung benachteiligt. Strafe ist also nicht ultima ratio. Sie ist unmittelbarer Ausfluss der bestehenden Klassengesellschaft. Wenn die Ursachen für Handlungen, die Anderen schaden, beseitigt würden, bliebe kein Raum für Strafe. Denn selbst der häufig als Beispiel angeführte psychopathische Gewalttäter schöpft seine Gewalt aus seiner Umwelt und seinen Lebensumständen.

Helga Schröder

SLP-Programm genau erklärt:

Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

Sexualität ist alles andere als privat: In Russland z.B. sind LGBT-Rechte eine extrem polarisierte

Gegen jede Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung

Frage. LGBT-AktivistInnen sind bei Demonstrationen Attacken der extremen Rechten – aber auch nationalistischer „Linker" – ausgesetzt. Homophobie wird wie auch Sexismus eingesetzt, um die ArbeiterInnenschaft zu spalten, damit sie sich nicht gegen gemeinsame Feinde – das herrschende 1% – verbündet. Das Eintreten für LGBT-Rechte macht eine Organisation aber noch nicht an sich fortschrittlich – viele liberale bürgerliche Parteien unterstützen zwar LGBT-Forderungen, betreiben aber gleichzeitig rassistische Politik und Sozialabbau.

In Österreich ist aufgrund der Bewegungen seit den 1970er Jahren Homosexualität besser akzeptiert als in Russland. Aber auch bei uns gibt es nur sehr begrenzt echte soziale und rechtliche Gleichstellung. Doch – wie z.B. auch bei Frauenfragen – gibt es hier einen gesellschaftlichen Backlash. Und dieser kommt nicht nur aus der extremen Rechten, die verstärkt gegen LGBT-Personen hetzt. Denn in Krisenzeiten setzen die Herrschenden verstärkt auf das Konzept – und damit die Ideologie – der bürgerlichen Kleinfamilie: Vater, Mutter, Kind – und die Frau erledigt zu Hause unbezahlt die Arbeit, die der Sozialstaat nicht mehr leistet. Andere Lebens- und Familienmodelle stehen dazu im Widerspruch.

Die Verteidigung bzw. das Erkämpfen von LGBT-Rechten ist daher nicht unabhängig vom herrschenden Wirtschafts- und damit auch Gesellschaftsmodell. Nur in einem System, das nicht auf der Ausbeutung von Menschen beruht und dessen Kern nicht nur die „traditionelle" Familie ist, werden alle Lebensmodelle auch vollständig gleichwertig sein.

SLP: So schaut Demokratie aus!

Alle Parteien bezeichnen sich als demokratisch. Und doch sind die meisten Parteitage eine Farce. Beschlüsse werden ohne aktives Mitwirken der Mitglieder gefällt bzw. landen in Schubladen. Die Mitglieder erfahren oft aus der Presse, was die (neue) Position der Partei ist. Parteien wie der SLP wird im Gegenzug unterstellt, sie wären undemokratisch, weil sie dem „Demokratischen Zentralismus" huldigen würden (Verfassungsschutzbericht). Wie schaut's wirklich aus? Die Mitglieder der SLP haben das Recht – und die Verantwortung – sich in die Debatten in der Partei einzubringen. Die Meinung ALLER Mitglieder ist gefragt. Auf allen Ebenen werden Positionen und konkrete Vorschläge für Kampagnen, Publikationen und Forderungen gemeinsam erarbeitet und entschieden. Es gibt Minderheiten- und sogar Fraktionsrechte. Die gewählte Führung kann jederzeit (nicht nur nach Ablauf der Funktionsperiode) wieder abgewählt werden und ist jederzeit rechenschaftspflichtig. Wenn wir eine Position gemeinsam erarbeitet haben, dann arbeiten wir auch gemeinsam an der Umsetzung. Wie fünf Finger, die eine Faust bilden!

Die Ideen Leo Trotzkis im 21. Jahrhundert: Sozialismus ist international und demokratisch!

Was ist „Trotzkismus"? Die neue Broschüre der SLP gibt eine Antwort. Leo Trotzki war zentral in der Oktoberrevolution und im Kampf gegen Stalin. Er hat aber auch den Marxismus weiterentwickelt. Seine Faschismusanalyse ist die Grundlage der antifaschistischen Arbeit der SLP. Für TrotzkistInnen ist die internationale Organisation der Schlüssel zum Sturz des Kapitalismus. Seine Analyse des Stalinismus zeigt, warum eine sozialistische Revolution nicht automatisch in einer Diktatur endet. Das Entwickeln von Forderungen, um beim Bewusstsein der Masse anzusetzen, ihr aber auch die Grenzen des Systems aufzuzeigen, treibt Bewegungen voran. Das nutzen uns Trotzkis Ideen heute und nicht ein Personenkult!

Jetzt bestellen: € 3,50 inkl. Versand einzahlen auf PSK 8812.733 (BLZ: 60.000)

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18^{00} Uhr
im *'Wiener Café'*
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18^{00} Uhr
im *'Stockwerk'*
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18^{00} Uhr
im *'Alte Welt'*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18^{30} Uhr
im *'Shakespeare'*
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18^{30} Uhr
in der *'Pizzeria La Piazza'*
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A – Gaussplatz
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

SLP-Unigruppe
jeweils Dienstag, 18^{30} Uhr
im *'Café Daun', Hinterzimmer*
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18^{30} Uhr
im *'Gasthaus Zypresse'*
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf **www.slp.at**

Andere über uns

Die Bezirkszeitung Brigittenau berichtete Ende September über die vom Rathaus geplanten neuen Hürden für Kleinparteien. Befragt dazu wurden die KPÖ und die SLP. SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch kam mit „100 % Sozialistisch" zum Fototermin und kritisierte das hohe Einkommen des Bezirksvorstehers: „Statt rund 9500.- brutto monatlich sollten Politiker gleich viel verdienen wie die Menschen, die sie vertreten."

VORWÄRTS
Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches ***Format***

Neues, modernes ***Design***

Mehr Berichte & Analysen *aus sozialistischer Sicht*

Jahres-Abo *(10 Ausgaben)*
€ 24,– ***Normal-Abo***
€ 14,– ***Sozial-Abo*** *für Menschen ohne eigenem Einkommen*
ab € 7.-/Monat: ***Alles Inklusive Abo*** *(alle Publikationen der SLP)*

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

VORWÄRTS

SLP Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

€ 1,– / € 2,– Nr. 213 | 11.2012

Protest beim Fußballspiel gegen Kasachstan

Mehr auf Seite 5

Nazi-Offensive stoppen!

Im Herbst bläst die extreme Rechte zum Angriff – Antifaschistischer Widerstand ist notwendig!

Auch wenn Medien und Politik es gerne leugnen und ignorieren: Es gibt in Österreich eine aktive rechtsextreme Szene. Gerade dieser Herbst bietet dafür ein alarmierendes Beispiel: Für den 26.10. rief die Nazi-Plattform „Stolz und Frei“ zur Demo unter dem Motto „Österreich wird frei“. Für den 17.11. ruft die neu-rechte Truppe „W.I.R.“ zur „Linksextremismussafari“ in Wien auf.

Am 22. November will die Nazi-Band „Death in June“ ein Konzert im Wiener Club „Massiv“ spielen. Die Lieder und Symbolik der Band sind eng verwoben mit der Glorifizierung der „arischen Rasse“, Geschichtsrevisionismus und der Leugnung des Holocausts. „Death in June“ hat eine große Fangemeinde in der rechtsextremen Szene. Das Konzert in Wien wird ein Treffpunkt für Nazis aus ganz Österreich werden. Zu ihrem vorjährigen Konzert in Wien kamen Nazi-Skins, Autonome Nationalisten und ähnliche.

Gerade in Zeiten der Krise müssen wir den Rechten Paroli bieten. Mit ihrem Pseudo-„Antikapitalismus“ versuchen sie, berechtigte Wut auf das System zu instrumentalisieren. Außer Rassismus, Sexismus und Homophobie haben die Nazis aber keine Alternativen zu bieten: Ihre „Lösung“ ist letztendlich ein „reinrassiger“ Kapitalismus, der ArbeiterInnen und von den Rechten so gesehene „Minderwertige“ noch extremer ausbeutet.

Sebastian Kugler

Die Sozialistische LinksPartei: Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.